



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Tumringer Straße 199, 79539 Lörrach

## **PRESSEMITTEILUNG**



**JOSHA FREY**

Europapolitischer Sprecher  
Mitglied im Sozialausschuss

Tumringer Str. 199 (Eingang Senser Platz)  
79539 Lörrach  
Telefon (07621) 7099090  
Mail: [wahlkreisbuero@josh-frey.de](mailto:wahlkreisbuero@josh-frey.de)  
[www.josh-frey.de](http://www.josh-frey.de)

Lörrach, den 4. Mai 2018

### **Windräder ersparen uns 13 kg Atommüll und 14.500 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.**

#### **Joshua Frey MdL: „Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“**

In Baden-Württemberg werden heute bereits 27,5 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien gewonnen. Für ein Gelingen der Energiewende ist eine weitere Steigerung dieses Anteils jedoch unumgänglich. Dabei wird die Windenergie eine wichtige Funktion spielen müssen. Deswegen traf sich der grüne Landtagsabgeordnete Joshua Frey kürzlich mit Peter Palme, Bürgermeister der Stadt Zell im Wiesental, und Tobias Tusch, Geschäftsführer der Elektrizitätswerke Schönau Energie GmbH (EWS), um über aktuelle Entwicklungspläne und Projekte im Wiesental zu sprechen.

Ein aktuelles Projekt der erneuerbaren Energiegewinnung ist der Ausbau der Windkraft am Zeller Blauen, welches im Augenblick kontrovers diskutiert wird: Bereits in 2012 wurde in den Gemeinderäten für den Zuschlag für eventuelle Windkraftanlagen gestimmt. EWS und Enercon organisieren in den kommenden Wochen Info-Märkte, bei denen über den weiteren Verlauf des Projektes im Detail informiert werden wird.

Joshua Frey zeigte sich verwundert über den Umgang einiger Gegner mit dem Gemeinderatsbeschluss von 2012: „Dass ein von der Bürgerschaft gewählter Gemeinderat über wichtige Entscheidungen einer Gemeinde abstimmen darf, ist eine wichtige Errungenschaft unserer repräsentativen Demokratie. Zur Demokratie gehört jedoch auch, Entscheidungen zu akzeptieren und Abwägungen, die auf Basis der Rechtslage gemacht wurden, anzuerkennen.“ Er sieht im Ausbau der Windkraft nicht nur einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl, sondern auch die Möglichkeit für Gemeinden sich mehr Autonomie zu geben: „Insbesondere kleine Gemeinden können sich durch die Pachteinnahmen finanziell unabhängiger machen. Windkraftgegner müssen auch aufzeigen, wie sie die Kommunal Finanzen alternativ verbessern wollen, wenn die Einnahmen von Windkraftanlagen für Städte und Gemeinden entfallen würden.“

Dass der Ausbau der Windkraft im Schwarzwald gelingen kann, zeigt der Windpark der EWS am Rohrenkopf bei Schopfheim, wo nun seit 2016 fünf Windräder im Betrieb sind. „Dieser Windpark hat in 2017 rund 10.500 Haushalte mit regenerativem Strom versorgt und auf diesem Wege dem Gemeinwesen 13 kg Atomabfälle und 14.500 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Ein Windpark mit bis zu neun Windenergieanlagen kann rund 19.000 Haushalte versorgen. Die positiven Klima- und Umwelteffekte erhöhen sich dann entsprechend“, berichtet Tobias Tusch. Joshua Frey freut sich:

„Der Landkreis Lörrach leistet im Südschwarzwald hier seinen solidarischen Beitrag zum Atomausstieg in Deutschland, damit das Risiko von Unglücken wie in Tschernobyl und Fukushima in Zentraleuropa hoffentlich schon bald der Vergangenheit angehört.“ Auch der Zeller Bürgermeister Peter Palme ist überzeugt, dass die Energiewende gelingen kann: „Neben dem Ausbau von Erneuerbaren müssen auch intelligente Systeme der Stromnutzung weiterentwickelt werden und jeder einzelne an einem effizienteren Energieverbrauch arbeiten. Die Gemeinde Zell im Wiesental geht mit gutem Beispiel voran: Wir haben die Straßenbeleuchtung inzwischen komplett auf LED umgestellt. Mit einem Windrad auf Zeller Gemarkung würden wir einen weiteren Beitrag für den Atomausstieg und dem Klimaschutz leisten.“

Besichtigt wurden auch einige der kürzlich veröffentlichten potentiellen Standorte für Windkraftanlagen am Zeller Blauen. So sind die Planungsstände mit Beachtung der genauen Gegebenheiten vor Ort mit den unterschiedlichen Zuwegungsoptionen und zum Beispiel in der Planungskulisse befindlichen Grenzsteinen im Laufe der Projektentwicklung weiter zu konkretisieren. „Sollte sich im Zuge der weiteren Planung herausstellen, dass Grenzsteine eingemessen, geborgen und neu gesetzt werden müssen, werden wir dieses in Abstimmung mit den Kommunen sorgfältig tun“ versicherte Tusch.